

Home > Politik > Bundesregierung verschwendet Milliarden – Ökonomin Veronika Grimm: „Das ist verrückt“

Bundesregierung verschwendet Milliarden – Ökonomin Veronika Grimm: „Das ist verrückt“

Trotz Wirtschaftskrise zahlt die Bundesregierung immer mehr Fördergelder. Die Wirtschaftsweise Veronika Grimm erklärt im Interview, warum das der falsche Weg ist.



Flynn Jacobs

29.12.2024 | aktualisiert am 30.12.2024 - 17:55 Uhr



Fotoillustration: Roshanak Amini für Berliner Zeitung am Wochenende. Bilder: Imago

Deutschland steckt tief in einer der größten Wirtschaftskrisen der Geschichte. Große Konzerne wie VW, BASF oder Thyssenkrupp bauen Stellen ab, verlagern Produktion ins Ausland und müssen möglicherweise sogar ganze Werke schließen. Einige Experten sprechen bereits von einer Deindustrialisierung in der Bundesrepublik. Die Probleme des deutschen Wirtschaftsstandorts sind bekannt: Fachkräftemangel, lahrende Bürokratie, zu teure Energie, zu hohe Steuerbelastung und schlechte Infrastruktur.

Gleichzeitig verzeichnet der deutsche Staat Rekordsteuereinnahmen, der Bundeshaushalt ist in den letzten Jahren förmlich explodiert. Auffällig in der Analyse des Haushalts ist, dass die Bundesregierung trotz lahrender Konjunktur immer mehr Geld für Subventionen ausgibt. „Die Finanzhilfen des Bundes haben sich seit 2013 fast verdreifacht“, sagte Thies Büttner, Vorsitzender des Beirats des Stabilitätsrats, der die Haushaltsführung von Bund und Ländern überwacht, gegenüber der Berliner Zeitung.



Die Belegschaft von ThyssenKrupp protestiert bei einem Fackelmarsch gegen den geplanten Stellenabbau von 11.000 Arbeitsplätzen.

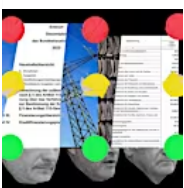
Christoph Hardt/imago

Dabei wird die starke Beteiligung des Staates an der Wirtschaft von vielen Ökonomen sehr kritisch betrachtet. Es stellt sich die Frage, ob der Staat tatsächlich so viel Geld für direkte Finanzhilfen bereitstellen sollte. Wie sinnvoll sind Subventionen? Im Interview mit der Berliner Zeitung erklärt die Wirtschaftsweiserin Veronika Grimm, warum Förderungen weniger hilfreich sind, als sich die Politik das möglicherweise wünscht.



B+ Bundesbank pessimistisch: Deutschland auf dem Weg in eine Rezession

Wirtschaft 13.12.2024



B+ Beamten-Boom und heimliche Kosten: Das sind die Milliardengräber im Bundeshaushalt

Wirtschaft 27.12.2024



Frau Grimm, die von der Bundesregierung ausgezahlten Subventionen haben sich seit 2019 mehr als verdreifacht. Neben Steuervergünstigungen steigen vor allem die direkten Finanzhilfen des Bundes. Und das in Zeiten der Wirtschaftskrise, wo das Geld knapp ist. Muss der Staat tatsächlich so viel fördern?

Das ist natürlich entstanden aus den Krisen. Da war es auch gut, dass man die Hilfszahlungen zukunftsgerichtet eingesetzt hat, um Unternehmen bei Investitionen zu unterstützen. Es ist aber ungünstig, dass das danach nicht abgenommen hat. Eigentlich hätte man das zurückfahren und dadurch auch die Staatsquote senken müssen.

Wir hatten eine Staatsquote von ungefähr 44 Prozent vor den Krisen 2019. Sie ist auf über 50 Prozent angestiegen – und da verharren wir jetzt. Die Planungen der Ampelregierung vor dem Scheitern hätten zu einer Staatsquote von 49,2 Prozent geführt. Der Staat ist in viel zu großem Umfang in alle möglichen wirtschaftlichen Aktivitäten involviert. Das macht die Wirtschaft langsam. Das führt auch nicht dazu, dass mehr Wachstumspotenzial geschaffen wird – sondern es führt zu viel Sand im Getriebe.

Der Staat sollte dringend wieder zurückfahren und die Spielräume, die dann entstehen, nutzen, um allgemein die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern. Man muss von den Zuschüssen wieder Abstand nehmen, weil die nicht zielführend ist. Der Staat weiß ja nicht besser, was die Unternehmen vorantreiben sollten, als die Unternehmen selbst.



Sachverständigenrat Wirtschaft

ZUR GESPRÄCHSPARTNERIN

Veronika Grimm ist seit April 2020 Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Der Rat ist ein Gremium der wirtschaftswissenschaftlichen Politikberatung. Grimm ist Professorin an der Technischen Universität Nürnberg (UTN) und Leiterin des Energy Systems und Market Design Lab. Von 2008 bis 2024 war sie Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Sie beschäftigt sich vor allem mit den Bereichen Energiemärkte und Energiemarktmodellierung, Verhaltensökonomie, soziale Netzwerke sowie Auktionen und Marktdesign.

„Der Staat sollte sich aus wirtschaftlichen Aktivitäten zurückziehen“

Einige Ökonomen sagen, dass Subventionen den Wettbewerb zugunsten großer Unternehmen verzerren und Unternehmen träge machen. Sehen Sie das auch so?

Ja, definitiv. Die Regierung hat sich hier viel zu stark von den großen Akteuren in die Pflicht nehmen lassen. Dadurch sind viele kleine und mittelständische Unternehmen am Ende von den guten Rahmenbedingungen abgeschnitten. Der Staat sollte sich zurückziehen aus wirtschaftlichen Aktivitäten und sich stärker auf seine Kernaufgaben konzentrieren. Dann wäre die Abgabenlast für die Unternehmen generell nicht so hoch und es würden die Aktivitäten

vorangetrieben, für die wir gute Standortbedingungen haben.

Diejenigen, die immer umfangreicher lobbyieren, sind oft diejenigen, die in Probleme geraten – darunter eben auch die Branchen, die einen umfangreichen Strukturwandel vor sich haben. Diesen Strukturwandel kann der Staat durchaus begleiten. Aber er sollte ihn nicht verhindern, indem er hilft, Geschäftsmodelle aufrechtzuerhalten, die nicht zukunftsfähig sind.



„Geisterfahrer auf der Autobahn“: Hans-Werner Sinn rechnet mit Scholz, Merkel und EU ab

Von Flynn Jacobs

Bundestagswahl 03.12.2024



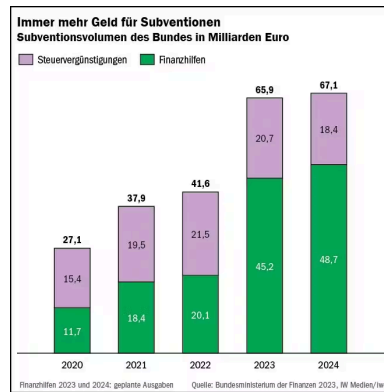
Der Anteil der direkten Finanzhilfen am Bundeshaushalt liegt mittlerweile bei rund 10 Prozent. Zwischen 2010 und 2020 lag er noch bei 2 bis 3 Prozent. Und der Bundeshaushalt insgesamt ist auch zwischen 2013 und 2023 um 50 Prozent angewachsen. Wo gibt es Einsparpotenzial bei den Subventionen?

Es gibt umfangreiche Einsparpotenziale. Aber es ist immer schwierig, die in der kurzen Frist zu finden. Wenn der Staat stärker zukunftsorientiert agieren soll, muss man unmittelbar nach einem Regierungswechsel Maßnahmen in die Wege leiten, um Spielräume zu eröffnen. Es zeigt sich: Der Staat muss sich aus Bereichen zurückziehen, in denen man übermäßig eingegriffen hat.

Beispielsweise beim Klimaschutz: Da haben wir nicht nur den Emissionshandel. Es gibt viele weitere Maßnahmen und Regulierungen, die die Preise für eine Tonne CO₂ beeinflussen. Dadurch variieren die CO₂-Preise zwischen 10 und 240 Euro pro Tonne. Das führt zu einer unglaublichen Verwirrung und auch dazu, dass man schwer identifizieren kann, ob ein Geschäftsmodell tatsächlich attraktiv ist – dadurch sind am Ende womöglich viel mehr Subventionen nötig als bei einer besser durchschaubaren Regulierung. Da wäre es wichtig, die Regulierung zurückzufahren, sich auf den Emissionshandel zu fokussieren und eine klarere Rahmensetzung anzustreben.

Das Gleiche im Wohnungsmarkt: Wir haben eine Mietenregulierung, die aktuell die Sanierung von Wohnungen und den Neubau von Wohnungen bremst. Als Resultat wird dann nach dem Staat gerufen – nach mehr sozialem Wohnungsbau und mehr öffentlicher Förderung von Wohnraum in den Ballungszentren. Und zwar in einem Umfang, den der Staat gar nicht leisten kann.

Bei den Energiemärkten ist es genauso. Da wird durch schlechtes Energiemarkt-Design die Notwendigkeit geschaffen, alle möglichen Anlagen zu subventionieren, die zur Energieversorgung benötigt werden. Auch da wäre es wichtig, eine klarere Rahmensetzung anzustreben, sich als Staat zurückzuziehen und weniger Subventionen anzubieten.



Bundesministerium der Finanzen 2023, IW Medien/iwd

Wo sollte der Staat als Erstes ansetzen?

Es gibt nicht die eine Maßnahme. Aber es gibt verschiedenste Bereiche, wo sich der Staat zurückziehen, die Regulierungsdichte abbauen und eine klarere Rahmensetzung anstreben kann. Dann hat er auch die Möglichkeit, weniger auf Subventionen zu setzen.

Gleichzeitig haben wir im Bereich der sozialen Sicherungssysteme ansteigende Sozialausgaben. Das ist in einer alternden Gesellschaft auch unvermeidlich. Man könnte den Anstieg aber dämpfen, indem man bei der Rente und im Bereich des Transfersystems Reformen anstrengt, um die Kosten zu senken.

Das sind schwierige Themen in der öffentlichen Diskussion. Aber ich glaube, sie sind unumgänglich. Wenn wir das nicht tun, werden wir die Spielräume des Staats für zukunftsorientiertes Handeln immer weiter einschränken. Sprich: Es wird immer schwieriger, die notwendigen Mittel für Bildung, Verteidigung oder für öffentliche Infrastrukturen aufzubringen, wenn wir bei stagnierender Wirtschaftsleistung einen starken Anstieg der Sozialausgaben nicht verhindern.



Ein Bild, welches man immer häufiger sieht: Die Subventionen der Bundesregierung steigen seit Jahren stark an, entweder durch Steuervergünstigungen oder direkte Finanzhilfen.

Joerg Carstensen/dpa

Egal ob Northvolt, Intel, Varta oder das Wasserstoffunternehmen HH2E: Es verstärkt sich der Eindruck, dass die Bundesregierung häufig in Projekte und Unternehmen investiert, die sich als wenig bis gar nicht erfolgreich herausstellen. Fördert die Bundesregierung die falschen Projekte?

Ja, sehr oft. Es ist einfach keine gute Idee, in großem Umfang einzelne Unternehmen zu fördern. Wo man sich durchaus staatlich engagieren sollte, ist beim Aufbau von Infrastrukturen. Wenn wir auf klimafreundliche Energieträger umsteigen wollen, brauchen wir den Aufbau von Strom- und vor allem von Wasserstoffnetzen, da braucht es Regulierung und möglicherweise eine Anschubfinanzierung. Und da ist mit dem Amortisationskonto auch ein Verfahren gefunden worden, wie man diesen Wasserstoffnetzausbau vorantreiben kann, ohne die ersten Nutzer der Netzinfrastruktur durch eine schwierige Gebührenstruktur zu überlasten.

Bei der Beschaffung von Wasserstoff ist es eigentlich so: Die Regierung fördert viele Einzelunternehmen, die dann perspektivisch auf der Basis von Wasserstoff produzieren sollen. Statt da jetzt viele einzelwirtschaftliche Förderungen zu vergeben, wäre es viel besser, diese Nachfrage nach Wasserstoff und klimafreundlichen Molekülen zu bündeln und dann durch eine öffentliche Ausschreibung mehrere große Beschaffungsverträge mit unterschiedlichen Anbietern abzuschließen.



B+ Bundesregierung investiert in Pleite-Firmen: 12 Milliarden Euro für nichts?

Von Chiara Maria Leister

Bundespolitik 27.11.2024



Könnten Sie das genauer erklären?

Der Staat könnte für langfristige Beschaffungsverträge garantieren und dafür sorgen, dass über Auktionen der beschaffte Wasserstoff an die meistbietenden Abnehmer vergeben wird – zum Beispiel über Terminkontrakte. Als Abnehmer kann man dann eine Versorgungssicherheit herstellen, indem man mehrere aufeinanderfolgende Jahresscheiben als Terminkontrakt kauft. Alle Nutzer würden von günstigen Kosten und Preisen bei langfristiger Beschaffung großer Mengen profitieren, weil durch die größeren Mengenszenarien auch die Kosten der Wasserstofferzeugung schneller sinken würden, als wenn jeder einzelne potenzielle Abnehmer versucht, sich den Wasserstoff zu organisieren.

Der Wettbewerb unter den verschiedenen Anbietern von Wasserstoff weltweit – wir werden ja vermutlich 70 Prozent unseres Wasserstoffs von außerhalb Europas importieren – könnte die Preise senken. Das wäre bei einer einzelwirtschaftlichen Beschaffung auch schwierig: Wenn ich mit jeweils nur einem einzelnen Anbieter verhandle, gibt es immer auch höhere Margen beim Anbieter. Und es ist gar nicht klar, dass ich das Produkt dann auch bekomme, das ich haben will, sondern vielleicht wandern auch größere Teile der entsprechenden

Wertschöpfungsketten ins Ausland.

Im Klartext: Man muss wahrscheinlich am Anfang ein bisschen subventionieren, das tut man ja mit den Förderungen. Aber durch die wettbewerbliche Beschaffung des Wasserstoffs und durch die wettbewerbliche Vergabe der Mengen minimiert man die öffentliche Förderung, die notwendig ist.

Subventionen der Bundesregierung: „Viele Projekte scheitern dadurch“

Das klingt alles sehr simpel. Was macht die Politik falsch beim Wasserstoff?

Die Bundesregierung will den Hochlauf der Wasserstoffmengen indirekt durch die Förderung von sehr vielen Unternehmen erreichen. Hier wird an verschiedenen Punkten der Wertschöpfungskette gefördert – bei der Erzeugung, beim Transport oder bei der Beschaffung. Das ist unkoordiniert und führt dazu, dass viele dieser Projekte scheitern und am Ende die Mengen gar nicht in dem Umfang verfügbar werden, wie man sich das vorgestellt hat. Oder dass derjenige, der den Wasserstoff erzeugt, seinen Abnehmer nicht findet, wie man zum Beispiel bei Thyssenkrupp gesehen hat. Insofern ist diese einzelwirtschaftliche Förderung, die da gerade betrieben wird, einfach extrem schwierig.



+ Deutschlands Ansehen im Ausland bröckelt: „Schlingerkurs der Ampel mitverantwortlich“

Von Flynn Jacobs

21.10.2024



Sollte der Staat Ihrer Meinung nach also weniger subventionieren und den Markt selbst regeln lassen?

Auf jeden Fall. Die Politik sollte weniger fördern. Man sollte Abstand davon nehmen, dass man sich einzelne Unternehmen herauspickt und politisch das Wissen darüber anmaßt, ob deren Geschäftsmodelle zukunftsweisend sind. Man sollte sich darauf fokussieren, dass die Grundlage der Produktion existiert, also zum Beispiel die Verfügbarkeit von Strom und klimafreundlichen Molekülen.

Es müssen günstige und gute steuerliche Rahmenbedingungen, ein exzellentes Bildungssystem, Forschung und Entwicklung sowie eine Stärkung der Forschungsaktivitäten in Zukunftsfeldern geschaffen werden. Es ist wichtig, dass wir eine attraktive Forschungslandschaft haben, weil die Unternehmen sich dort ansiedeln, wo relevante Forschung und die Ausbildung von Fachkräften vorangetrieben wird. Aber man sollte nicht einzelne Firmen fördern und so in den Wirtschaftsprozess eingreifen.



9,9 Milliarden Euro waren im Klima- und Transformationsfonds der Bundesregierung für eine Chipfabrik von Intel in Magdeburg vorgesehen. Doch der US-Chiphersteller hat den Bau auf Eis gelegt.

picture alliance/dpa/Intel Corporation

Vor allem in die Energiewende und für den Klimaschutz fließen große Summen an staatlichen Subventionen. Gleichzeitig sorgt die Energiepolitik Deutschlands mittlerweile sogar für Frust im Ausland, weil durch Dunkelflauten und größere Importmengen die Strompreise in Europa steigen. Hat sich die Regierung mit ihrer Subventionspolitik bei der Energiewende verhoben?

Ja, eindeutig. Man hat zu wenig Wert darauf gelegt, das Energiemarkt-Design anzupassen. Wir haben ein Preissystem, das überhaupt nicht die wirtschaftlichen Knappheiten widerspiegelt. Wir haben einen deutschlandweit einheitlichen Strompreis, aber aufgrund der unterschiedlichen Standortvorteile für die Erneuerbaren häufige Netzengpässe. Wir haben Kraftwerke mitten in der Energiekrise abgeschaltet und suggeriert, dass das für die Stromversorgung und für die Preisbildung keinen Unterschied macht, was natürlich nicht stimmt.

Wenn wir diese Kapazitäten nun noch im Markt hätten, würden in vielen Stunden die Preise nicht so an die Decke schießen, wie es jetzt der Fall ist. Wir befinden uns oft nah an der Grenze, ab der die Kapazität ausreicht und die Preise hochgehen.

Die Gaskraftwerke, die wir definitiv brauchen, wenn wir die Kernkraftwerke abschalten und auch aus der Kohle rauswollen, versuchte die Ampelregierung als Klimaschutzmaßnahme zu beantragen. Mit diesen wasserstofffähigen Kraftwerken setzt man sich unter Druck. Sie sind erstens teurer als konventionelle Gaskraftwerke. Und sie müssten zeitnah mit Wasserstoff befeuert werden, den wir aber noch gar nicht haben, noch nicht einmal für die Industrie.

Da hat man sich wirklich verhoben, indem man versucht hat, aus Studien heraus ein System politisch herbeizuführen, das am Ende von den Kosten her das übersteigt, was finanzierbar ist. Das Ergebnis sehen wir jetzt. Und leider wird jetzt über noch mehr Subventionen geredet als darüber, dass man die entsprechenden Anpassungen der Rahmenbedingungen vornimmt.



B+ Deutsche Wirtschaftskrise: US-Strategen kritisieren Bundesregierung – „Ansammlung von Buchhaltern“

Von Simon Zeise

Berlin 23.09.2024



Wie genau könnten diese Rahmenbedingungen denn verbessert werden?

Mit Blick auf die Energieversorgung gibt es zwei große Handlungsfelder. Das eine ist der Strommarkt. Da brauchen wir – was auch die [EU-Kommission](#) schon angemerkt hat – regional differenzierte Strompreise. Die Angst, dass es dann im Süden viel teurer wird, als im Norden, ist dabei überzogen. Das wird wahrscheinlich gar nicht passieren. Es ist wichtig, um die Anreize für die Kraftwerkskapazitäten herbeizuführen, die sich dann an der richtigen Stelle ansiedeln.

Im Moment haben wir deutschlandweit einheitliche Strompreise. Kraftwerke werden jeweils da hingebaut, wo zufällig die Baukosten am niedrigsten oder der Ertrag der Windkraftanlage am höchsten ist. Das führt zu einer Ballung an Kapazitäten in bestimmten Regionen und einem großen Bedarf an Netzausbau. Wenn wir regional differenzierte Strompreise hätten, gäbe es zum einen bessere Anreize, die Kraftwerke in der Fläche so zu verteilen, dass sie näher an der Nachfrage liegen und der notwendige Netzausbau niedriger ist. Und zum anderen würden die Kraftwerke dann auch zu Zeiten laufen, wo sie gebraucht werden.

In unserem System gibt es – selbst wenn ein Gaskraftwerk an der richtigen Stelle steht – meist gar kein Signal an das Kraftwerk, den Strom nahe an der Nachfrage auch bereitzustellen. Denn ein deutschlandweit einheitlicher Strompreis suggeriert allen Kraftwerken sowie allen Windkraft- und Solaranlagen, dass sie gleich gut geeignet wären, um eine bestimmte Nachfrage zu befriedigen. Da kommen dann meist die Windräder aus dem Norden zum Zug, deren Strom dann gar nicht nach Süden durchgeleitet werden kann.

Deswegen wären regional differenzierte Strompreise wichtig, um die Anreize am Strommarkt zu stärken und den Frust unserer europäischen Nachbarn zu reduzieren, dass wir ihnen den Strompreis hochtreiben – auch in Situationen, wo wir den Strom gar nicht brauchen. Die Handelssignale an den Grenzen entsprechen durch diese einheitliche Strompreiszone nicht den physikalischen Bedarfen und spiegeln Knappheiten nicht wider.



Die schwedische Botschafterin Veronika Wand-Danielsson (l.) und der Northvolt-CEO Peter Carlsson (2. v.r.) zeigen Olaf Scholz (r.) und Robert Habeck ein 3-D-Modell der mit 700 Millionen Euro geförderten Northvolt-Fabrik in Deutschland.

Marcus Brandt/dpa

Kritik an Energiepolitik der Ampelregierung: „Das ist unsinnig“

Thiess Büttner, Vorsitzender des Beirats des Stabilitätsrats, sagte kürzlich gegenüber der Berliner Zeitung, es sei ökonomisch unsinnig, dass die Politik einerseits die Energiekosten verteuere und dann versuche, die Belastungen und wirtschaftlichen Folgen durch Subventionen zu bekämpfen. Hat er damit recht?

Ja, natürlich. Das ist unsinnig. Das beste Beispiel ist die Energiekrise. Die Politik nimmt die bestehen Kernkraftwerke aus dem Kraftwerkspark und schaltet sie zu einem Zeitpunkt ab, wo der Preisdruck bei den Energiepreisen offensichtlich noch hoch ist. Und dann beschwerten die Politiker sich, dass die Energiepreise zu hoch sind, und schlagen Subventionen vor, um sie zu senken. Das ist ziemlich verrückt.

Wenn man möglichst günstig Strom bereitstellen will, sollte man schauen, dass die Anreize am Energiemarkt vernünftig sind, statt Gaskraftwerke als Klimaschutzmaßnahmen zu beantragen, was mit extremen Investitions- und Betriebskosten einhergeht. Da sollte man einfach pragmatischer werden und die Kapazität zubauen, die jetzt notwendig ist.



„Die furiosen Zeiten sind vorbei“: Brutaler Stellenabbau in Deutschland – trotz Fachkräftemangel?

Von Flynn Jacobs

Politik 13.09.2024



Laut Giacomo Corneo, Professor an der Freien Universität Berlin, wird das Geld in den Ministerien von den falschen Leuten eingesetzt. Es brauche stattdessen Ingenieure und Ökonomen, die planen und umsetzen können. Braucht die Bundesregierung mehr fachliches Know-how?

Man hat aktuell den Eindruck, dass viele Politiker glauben: nur wenn sie selber bestimmen, was passieren soll, kommen wir in Deutschland voran. Ich glaube, das Gegenteil ist der Fall. Wir brauchen Politiker, die wieder in die Menschen vertrauen, die das Land voranbringen wollen als Unternehmer, als Arbeitnehmer oder einfach nur als Bürger im Ehrenamt. Und sie müssen Rahmenbedingungen setzen, die es den Menschen erlauben, ihre Produktivität und ihr Engagement zu entfalten. Das haben wir verlernt. Die Politik scheint beseelt von dem Gedanken zu sein, dass sie sich alles selbst überlegen müssen im Parlament und in den Ministerien. Das ist einfach nicht der Fall. Die Unternehmen können das besser.

Es scheint immer so, dass wenn man öffentlich Geld ins Schaufenster stellt und dann damit irgendwas vorantreibt und fördert, dass das bei Unternehmen und Bürgern erstmal besser ankommt. Aber letztlich befördern wir uns dadurch in eine Lage, die ausweglos ist und in der wir Systeme schaffen, die am Ende nicht funktionsfähig sein können – und wo wir immer wieder zusätzlichen staatlichen Handlungsbedarf generieren. Wir befinden uns in vielen Bereichen durch diese staatlichen Interventionen in Interventionsspiralen, wo die eine Intervention eigentlich noch mehr staatlichen Handlungsbedarf provoziert. Durch die Administration dieses ganzen Apparats wird der Staat mehr und mehr überlastet und kann seinen Kernaufgaben nicht mehr nachkommen.

Nehmen Sie das Beispiel Zuwanderung. Wenn man sich anschaut, wie lange es dauert, bis jemand seine Arbeitserlaubnis oder seine Aufenthaltsgenehmigung hat: Das sind die Prozesse, wo der Staat tatsächlich für eine Beschleunigung sorgen sollte und gefragt ist, diese Fälle zu prüfen und zu entscheiden. Da wird deutlich, dass die Überlastung der Behörden verhindert, dass die Kernaufgaben wirklich gut funktionieren.



Ehrenamtliche Helfer von "Laib und Seele" sind bei der Essensausgabe von bedürftigen Menschen in der Evangelischen Advent-Zachäus Kirche beschäftigt.

Annette Riedl/dpa

Welche Subventionspolitik wünschen Sie sich von der nächsten Bundesregierung, um die deutsche Wirtschaft wieder auf Kurs zu bringen?

Überspitzt gesagt: möglichst gar keine. Man sollte wirklich davon Abstand nehmen, über Subventionen zu agieren und den Leuten oder den Unternehmen zu suggerieren, dass die Bedingungen besser sind, als es tatsächlich der Fall ist. Man sollte sich darauf fokussieren, sich durch den Abbau von Subventionen Spielräume zu erwirtschaften, um günstige Rahmenbedingungen anbieten zu können – zum Beispiel niedrige Steuern, oder eine besser funktionsfähige Bürokratie. Das würde die Attraktivität für Unternehmensansiedlungen erhöhen und somit die Transformation hin zu zukunftsorientierten Industrien begleiten.

Welche Unternehmen das sind, wird nicht der Staat entscheiden, sondern die Unternehmen, die Deutschland als attraktiven Produktionsstandort sehen. Dafür müssen wir steuerlich unsere Standortfaktoren verbessern. Wir haben eine hohe Rechtssicherheit, das ist gut. Wir haben zu viel Bürokratie, da müssen wir besser werden. Wir haben von der Anlage her ein gutes Bildungssystem, spielen unsere Karten aber nicht gut aus, weil wir es vernachlässigen. Dabei sind gut ausgebildete Fachkräfte in einem Staat mit hoher Rechtssicherheit eigentlich unser größtes Pfund, womit wir Unternehmen anlocken können. Da muss der Fokus drauf liegen, nicht auf der Förderung von Unternehmen. Die Politiker wissen garantiert nicht besser als die Unternehmen selbst, was die für Deutschland attraktiven Geschäftsmodelle sind.

Haben Sie Feedback? Schreiben Sie uns! briefe@berliner-zeitung.de

Empfehlungen aus dem BLZ-Ticketshop:



Venezianischer Maskenball zu Silvester im JW Marriott Hotel Berlin! Tickets!

19.10.2023



GAIA – Feuerwerk der Turnkunst am 26.01.25 in der Uber Arena. Tickets hier!

Europa 13.07.2023



CAVALLUNA – Grand Moments: Magische Pferde-Show für die ganze Familie. Tickets!

Uber Arena 13.07.2023





20. Roncalli Weihnachtscircus 2024: Traumwelt aus Poesie und Nostalgie. Tickets!

Berlin 09.10.2023



Silvester in Berlin 2024: Tipps für Veranstaltungen, Partys, Shows. Und Tickets!

Berlin 12.12.2024



Veranstaltungen im Januar 2025 in Berlin: Shows, Konzerte, Touren, Tickets!

Berlin 18.12.2024



Dieser Artikel wurde auf [berliner-zeitung.de](https://www.berliner-zeitung.de) veröffentlicht.